

Bundestagsdebatte zur Situation in Deutschland

Koalition zieht positive Bilanz

Die christlich-liberale Koalition hat in dieser Woche im Bundestag positive Bilanz aus der abgelaufenen Legislaturperiode gezogen. „Die vergangenen vier Jahre waren erfolgreiche Jahre“ betonte Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt im Rahmen der Debatte zur Situation in Deutschland. Die Schwarzmalerei von Rot/Rot/Grün werde der Realität in Deutschland und den Menschen in unserem Land in keiner Weise gerecht, so Hasselfeldt weiter.



Foto: Deutscher Bundestag / Marc-Steffen Unger

Die CSU-Landesgruppenvorsitzende unterstrich die erfolgreiche Bilanz der christlich-liberalen Koalition. Gleichzeitig warnte sie vor den rot/grünen Steuerplänen: „Abkassieren wird von den Sozialdemokraten so interpretiert: Wir erhöhen ja nur einige Steuern für Wenige. Wenige sind für Rot/Grün jedoch zum Beispiel alle, die demnächst heiraten möchten, denn Rot/Grün will das Ehegattensplitting abschaffen. Zu den Wenigen zählen für Rot/Grün auch alle, die Kapitaleinkünfte haben, denn Rot/Grün will die Abgeltungsteuer erhöhen. Und Rot/Grün will alle abkassieren, die mehr als 64.000 Euro im Jahr verdienen, denn ab diesem Betrag sollen die Einkommensteuersätze erhöht werden.“ Dagegen hat die Union im Bundestag deutlich gemacht, warum Deutschland auf dem christlich-liberalen Kurs bleiben muss. „Wir investieren in die Zukunft unserer Kinder“, so Hasselfeldt. „Wir haben den Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz geschaffen. Parallel dazu haben wir das Betreuungsgeld eingeführt. Auch das will Rot/Grün wieder abschaffen und die Familien dadurch schröpfen. Das Betreuungsgeld ist für uns ein

Zeichen dafür, dass der Staat eben nicht einseitig eine Betreuungsform für unter Dreijährige fördert, sondern auch andere Betreuungsformen anerkennt und finanziell unterstützt - egal wie sich die Eltern entscheiden.“ Hasselfeldt betonte auch, dass es eines der wichtigsten Vorhaben der Union für die kommende Wahlperiode ist, die Kindererziehungszeiten von Müttern, die vor 1992 Kinder geboren haben, bei der Rente besser anzuerkennen. In der zu Ende gehenden Legislaturperiode ist es der Koalition gelungen, die Arbeitslosigkeit erstmals seit der Wiedervereinigung auf unter drei Millionen zu senken. Dies hänge natürlich auch mit dem Fleiß der Bürger und mit verantwortungsvollen Tarifparteien zusammen, so Gerda Hasselfeldt. „Der Erfolg unseres Landes hängt außerdem mit tüchtigen Unternehmern zusammen - insbesondere mit einem gesunden, tatkräftigen Mittelstand. Das alles hatten wir auch vor Angela Merkel, trotzdem hatten wir unmittelbar nach der rot/grünen Regierungszeit, 5 Millionen Arbeitslose“, so die Landesgruppenchefin weiter. Dies alles zeige deutlich, dass es gerade nicht egal ist, wer das Land regiert.



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!*

Wer die Opposition in diesen Tagen reden hört, könnte auf die Idee kommen, sie redet von einem der europäischen Krisenstaaten – ganz sicher aber nicht von dem Land, das europaweit für seine Entwicklung der letzten vier Jahre bestaunt wird. Solche Reden hat ein Land nicht verdient, in dem Jugendarbeitslosigkeit kein Thema ist, selbst die Langzeitarbeitslosigkeit um 22 % zurückging und die Steuer- und Sozialversicherungskassen voll sind.

Die Wahrheit ist: Alle Umfragen und Fakten belegen, dass Deutschland glänzend da steht. Wohin will Rot/Grün ein Land umsteuern, dessen Wirtschaft derzeit ganz Europa beflügelt und mit nach oben zieht, dessen Nettokreditaufnahme im kommenden Jahr auf den niedrigsten Wert seit 40 Jahren fällt und das ab 2015 erstmals seit 1969 wieder Schulden abbauen kann?

Wir haben im Bundestag in dieser Woche deutlich gemacht, dass Deutschland von diesem Kurs nicht abdriften darf. Wir geben mit unserem Regierungsprogramm Antworten auf die zentralen Fragen des demografischen Wandels und der Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit. Wer den Haushalt ausgeglichen hat und Wachstum und Beschäftigung fördert, schafft Spielräume für Investitionen. So können wir Schritt für Schritt das umsetzen, was uns wichtig ist: Wir gleichen die Mütterrenten an. Wir schaffen Spielräume für Familien, behalten das Ehegattensplitting bei und heben Kinderfreibetrag sowie Kindergeld an. Wir investieren zusätzliches Geld in die Verkehrsinfrastruktur. Dafür brauchen wir keine rot/grünen Steuererhöhungen, denn wir haben die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten.

Werben Sie mit uns um diesen Kurs - Deutschland hat es verdient.

Mit herzlichen Grüßen

Dr. Reinhard Brandl MdB

Franz Josef Strauß

Gedenken an einen großen Staatsmann



Foto: picture alliance / dpa

Franz Josef Strauß beim Kleinen Parteitag der CSU am 4. Dezember 1982 in Neuburg a.d. Donau

Das 25. Todesjahr von Franz Josef Strauß († 03. Oktober 1988) ist für die CSU-Landesgruppe ein besonderer Anlass, an ihren langjährigen Vorsitzenden zu erinnern und seiner Leistungen für Bayern und Deutschland zu gedenken. Im Jahr 1949 wurde Franz Josef Strauß in den ersten Deutschen Bundestag gewählt und gehörte diesem fast 30 Jahre lang an. Während dieses Zeitraums stand er als geschäftsführender Vorsitzender von 1949 bis 1953, als Vorsitzender von 1953 bis 1957 sowie von 1963 bis 1966 erneut als Vorsitzender an der Spitze der CSU-Landesgruppe. Daneben gehörte Strauß als Bundesminister für besondere Aufgaben (1953–1955), Bundesminister für Atomfragen (1955–1956), Bundesminister der Verteidigung (1956–1962) und Bundesminister der Finanzen (1966–1969) der Bundesregierung an. Franz Josef Strauß wirkte an den zentralen Weichenstellungen für die Zukunft von Bayern und Deutschland maßgeblich mit und machte Bayern zum modernsten Land in Deutschland. Für die CSU-Landesgruppe war und bleibt Franz Josef Strauß eine der größten politischen Persönlichkeiten unserer Zeit. Ohne Strauß wären der Freistaat Bayern und Deutschland nicht das, was sie heute sind.

Impressum

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder. Foto Editorial: Henning Schacht

Verantwortliche Redakteurin: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212

Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de

internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Untersuchungsausschuss I - Euro-Hawk

Bundesverteidigungsminister entlastet

Am Montag war der Bericht des Untersuchungsausschusses Euro-Hawk Thema im Bundestag. Der Bericht zeigt klar, dass die Entscheidung, das Entwicklungsvorhaben für die Aufklärungsdrohne abzuschließen und die Euro-Hawk Serie nicht zu kaufen, richtig war. Außerdem zeigt der Bericht, dass Bundesminister de Maizière von Anfang an die Wahrheit gesagt hat.



Foto: picture alliance / dpa

Die wesentlichen Fehler wurden weit vor der Amtsübernahme durch den Minister gemacht. Das hat auch der Bundesrechnungshof ausdrücklich festgestellt. Alle Risiken waren schon zu Projektbeginn bekannt, wurden von den damaligen rot-grünen Verantwortungsträgern aber unterschätzt. So waren bei Amtsantritt de Maizières bereits 85 % der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bereits ausge-

geben oder vertraglich gebunden. Für die CSU-Landesgruppe muss aus dem Euro-Hawk-Projekt die Lehre gezogen werden, dass nicht jede Kostensteigerung ohne weiteres nachfinanziert werden darf. Die Auswahl einer alternativen Trägerplattform hat für die christlich-sozialen Abgeordneten nun höchste Priorität, denn Aufklärungsdrohnen sind zum Schutz unserer Soldaten im Einsatz unbedingt erforderlich.

Untersuchungsausschuss II - Terrorgruppe NSU

Bundestag zieht Lehren aus NSU-Affäre

Der Bundestag zieht die Lehren aus dem Versagen der Sicherheitsbehörden bei der Aufklärung der Mordserie, die der rechtsextremistischen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) zur Last gelegt werden. Am Montag hat das Plenum des Deutschen Bundestags den Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses debattiert.



Foto: picture alliance / dpa

Der Untersuchungsausschuss hatte nach 17 Monaten intensiver Arbeit Ende August seinen Abschlussbericht vorgestellt. Auf mehr als 1.000 Seiten umfasst der Bericht Verbesserungs- und Reformvorschläge. In dem Bericht werden insgesamt 47 Handlungsempfehlungen ausgesprochen, die die Mitglieder des Untersuchungsausschusses gemeinsam - über alle fünf Bundestagsfraktionen hinweg - erarbeitet haben. Diese Empfehlungen bilden eine wirksame Grundlage für Änderungen und Reformen der Polizei, der Justiz

und der Verfassungsbehörden. In den vergangenen Monaten hat die christlich-liberale Koalition in diesen Bereichen bereits wichtige Reformen eingeleitet - beispielsweise die Einrichtung eines Abwehrzentrums für Rechtsterrorismus, die Schaffung der dringend notwendigen Rechtsterrorismudatei oder erste strukturelle Reformen des Bundesamts für Verfassungsschutz. Aus Sicht der CSU-Landesgruppe sind diese Reformen bereits richtige und wichtige Schritte im Sinne der Bewertungen des NSU-Untersuchungsausschusses.